

DIE WAHLPROGRAMME IM WORTLAUT – DAS WICHTIGSTE ZU BANKEN UND FINANZMÄRKTEN

SPÖ:

Die SPÖ stellt einen Zusammenhang zwischen deregulierten Finanzmärkten und Verteilungsgerechtigkeiten her, und fordert grundsätzlich mehr Transparenz bei Finanzthemen. Insgesamt dominieren im Wahlprogramm 2019 die Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit und einer Bekämpfung von Steuerbetrug.

„Den reichsten fünf Prozent der EuropäerInnen gehört fast die Hälfte des gesamten privaten Vermögens. Die Reichen profitieren von deregulierten Finanzmärkten, Steuerwettbewerb, Steuersümpfen und Privatisierungswellen.“ (S. 6)

„Finanzgeschäfte besteuern: Neuer Anlauf für die Finanztransaktionssteuer auf breiter Basis“ (S. 8)

„Die Demokratie in Europa lebt von der Vielfalt unserer Regionen, von den unterschiedlichen Interessen der Menschen, die hier leben. Sie ist immer mehr dadurch gefährdet, dass es nicht die Menschen sind, sondern die Interessen von Konzernen und der Finanzwirtschaft, die im Mittelpunkt stehen.“ (S. 51)

ÖVP:

Die ÖVP widmet der Thematik „Finanzen, Steuern und Budget“ ein eigenes Kapitel ihres Wahlprogramms. Darin skizziert sie ihre Vorstellung eines nachhaltigen Finanz- und Währungssystems, die jedoch keinen strukturellen Veränderungsbedarf beinhaltet. Sie sieht u.a. die Vervollständigung der Bankenunion als einen wichtigen Bereich der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, fordert die Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht und spricht sich weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie den Erhalt des Bargeldes aus.

„Die Einhaltung der Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion ist Voraussetzung für deren Vertiefung. Nachdem die EU mit vereinten Kräften die Staatsschuldenkrise gemeistert hat, müssen nun die Arbeiten weitergehen, um das Finanz- und Währungssystem sicherer und nachhaltiger zu machen. Denn die gemeinsame Währung erfordert mehr gemeinsame

Wirtschafts- und Währungspolitik. Ein zentraler Pfeiler davon ist die Vervollständigung der Bankenunion. Mit ihr muss sichergestellt werden, dass Banken ihrer wichtigsten Aufgabe, der Finanzierung der Realwirtschaft, nachkommen können. Gleichzeitig soll sie verhindern, dass in Zukunft Steuergeld zur Rettung von Banken verwendet wird. Denn das Finanzsystem muss in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden – nicht umgekehrt.“ (S. 34f)

„Infolge der Finanz- und Staatsschuldenkrise wurden wichtige Bauteile einer Bankenunion bereits auf den Weg gebracht. Neben wirksamen Regeln für das Eigenkapital von Banken zählen dazu vor allem eine gemeinsame europäische Aufsicht über große Banken sowie einheitliche Regeln zur Sanierung und Abwicklung maroder Banken. Wir fordern die volle Durchsetzung aller vereinbarten Beschlüsse. Bei weiteren Maßnahmen wie der gemeinsamen europäischen Sicherung von Bankeinlagen müssen zunächst bestehende Altlasten und Risiken deutlich und nachhaltig minimiert werden, bevor wir einer weiteren Risikoteilung zustimmen können.“ (S. 35)

„Das Ziel einer Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion ist neben der Stabilität im Inneren eine größere Bedeutung des Euro auf den globalen Finanzmärkten. Außerdem wollen wir dadurch erreichen, dass die schrankenlose Nullzinspolitik und das aktive Ankaufen von Anleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) als kurzzeitiges Kriseninstrument rasch und vollständig zurückgenommen werden. Stattdessen sollte sich die EZB wieder einer nachhaltigen Geldpolitik zuwenden, die die Preisstabilität und somit auch den Schutz unserer Sparer als oberstes Ziel hat.“ (S. 35)

„Schließlich ist ein Herzstück unserer Politik zum Euro die Forderung, dass dieser auch in Zukunft „greifbar“ bleiben muss. Eine Abschaffung des Bargelds kommt für uns nicht in Frage. Innovative elektronische Zahlungsformen sind eine wichtige Ergänzung, aber keinesfalls Ersatz für Banknoten und Münzen.“ (S. 35)

„Seit vielen Jahren wird in der EU über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer debattiert, deren Ziel es ist, auch die Verursacher der Finanzkrise an deren Kosten zu beteiligen. Auch wenn mittlerweile der Gegenvorschlag einer viel schwächeren Aktiensteuer am Tisch liegt, kämpfen wir weiterhin für die Durchsetzung einer echten Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage.“ (S. 37)

FPÖ:

Unter den Forderungen der FPÖ zur EU-Wahl findet sich nichts Explizites zum Thema Geld- und Finanzsystem oder Bankenreform. Die Partei fokussiert unter anderem auf Steuerfragen – die Kernbotschaften beinhalten die nationale Steuerhoheit sowie die Besteuerung von Erträgen in jenen Ländern, in denen sie erwirtschaftet werden. Dies soll Einnahmen generieren und einen „fairen Wettbewerb“ schaffen.

Die Grünen:

Auch die Grünen legen einen Schwerpunkt ihrer Forderungen auf die Bekämpfung von Steuerbetrug und auf das Schließen von Steuerschlupflöchern. Sie argumentieren, dass dies mehr Steuergerechtigkeit herstelle und höhere Einnahmen für die Mitgliedsstaaten generiere. Die Grünen setzen ihre Vorschläge zu Finanzmarktpolitik in den breiteren Kontext einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, und unterstützen in ihrem Programm als einzige Partei explizit die Förderung gemeinwohlorientierter Wirtschaftspraktiken. Konkret fordern sie u.a. höhere Eigenkapitalquoten, ein Trennbankensystem und die Weiterentwicklung der Bankenunion durch die Einführung einer EU-weiten Einlagensicherung.

„Ungehemmte Finanzmärkte haben – entkoppelt von der Realwirtschaft – zu Instabilität und enormen Ungleichgewichten in Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Trotz der Finanzkrise vor rund 10 Jahren wurde eine echte Systemkorrektur, abgesehen von kleinen Reparaturmaßnahmen, noch nicht in Angriff genommen.“ (S. 14)

„Wir kämpfen weiter vehement für die Einführung der Finanztransaktionssteuer zur Zügelung der Finanzmärkte. Spekulationen werden damit vermindert, Einnahmen für das EU-Budget und dringend notwendige Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung, gegen Jugendarbeitslosigkeit, für Forschung, Armutsbekämpfung und erneuerbare Energien werden geschaffen. Die Besteuerung muss an die globalisierte Wirtschaft angepasst werden. Strengere Maßnahmen zur Bekämpfung von Marktmanipulation, missbräuchlicher Spekulation und Insiderhandel sind durch die Regulierungsbehörden zu ergreifen, um die Transparenz auf den Finanzmärkten zu steigern. Europa braucht einen fairen Weg, um digitale Dienste zu besteuern und Krypto-Währungen zu steuern.“ (S. 17)

*„Um die Finanzstabilität zu gewährleisten und zukünftige Krisen zu verhindern, sind systemische Risiken zu berücksichtigen, etwa die Klimakrise, die durch wirtschaftliche Schaden und Fehlinvestitionen auch für den Finanzmarkt ein Risiko darstellt. Es gibt jedoch auch innerhalb des Finanzsystems systemische Risiken: Es gilt zu verhindern, dass Finanzinstitute zu groß werden, um zu scheitern, weil sie damit das Finanzsystem ins Wanken bringen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten bei den Großbanken sowie für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kund*innengeschäft der Banken ein. Europa braucht eine strengere Finanzregulierung, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor maßgeblich zu einer widerstandsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft beiträgt. Nur mit einem starken europäischen Bankeninsolvenzrecht ist gewährleistet, dass auch die Großgläubiger*innen und Eigentümer*innen der Banken ihren Beitrag leisten. Die Bankenunion muss durch ein funktionierendes EU-Einlagensicherungssystem ergänzt werden. Dieses soll im Fall einer Insolvenz einer Bank die Einlagen der Kund*innen sichern und das Geld der Sparer*innen schützen. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.“ (S. 17)*

*„Mit dem Aktionsplan für Nachhaltige Finanzen (Action Plan on Sustainable Finance) hat die EU-Kommission wichtige Ziele und Maßnahmen vorgelegt, die dazu beitragen sollen, dass der Finanzsektor sich an Nachhaltigkeitskriterien orientiert, Klimaschutzmaßnahmen finanziert, transparenter wird und die Beratung für Investor*innen und Kund*innen*

in Sachen Nachhaltigkeit verbessert. Die ambitionierte Umsetzung soll dazu beitragen, im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens und der Nachhaltigkeitsziele der UN die Geldflüsse so zu lenken, dass klima- und umweltschädliche Aktivitäten vermieden und Zukunftsinvestitionen ermöglicht werden.“ (S. 18)

NEOS:

Die Forderungen der NEOS basieren auf einer Fortsetzung und Vertiefung der gesetzten Maßnahmen der Krisenbewältigung, zu denen sie unter anderem überhöhte Staatsschulden zählen. Die Partei fordert unter anderem eine Beschneidung der Kompetenzen der Europäischen Zentralbank (EZB) durch eine Aufteilung der Zuständigkeiten für Geldpolitik und Bankenaufsicht. Sie plädiert für die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) und für mehr Steuergerechtigkeit – im Sinne eines „fairen Wettbewerbs“.

„Aktuell legt die EZB die Geldpolitik für das Euro-Währungsgebiet fest, übernimmt aber gleichzeitig – zumindest teilweise – die Funktion der Europäische Bankenaufsicht. Während das Hauptziel der EZB Preisstabilität ist, zielt die Finanzmarktaufsicht auf Finanzmarktstabilität ab. Durch diese Doppelfunktion entstehen Zielkonflikte.“ (S. 19)

„Wir fordern, dass sich die EZB an ihr ursprüngliches Mandat der Währungsstabilität hält und nicht monetäre Staatsfinanzierung durch die Hintertüre betreibt. [...] Um den Fokus der EZB wieder stärker auf ihre Hauptaufgabe für das Euro-Währungsgebiet zu legen, werden die Aufgaben der Bankenaufsicht und die Re-Finanzierung von Staaten mit Finanzproblemen von der Europäischen Finanzmarktaufsicht und dem EWF ausgeführt.“ (S. 22)

„In der gegenwärtigen Situation verschiebt die Umsetzung der Bankenunion das Risiko maroder Banken zu Lasten der Bürger_innen jener Länder, in denen die Banken saniert sind. Voraussetzung für eine sinnvolle Bankenunion wäre eine erfolgreiche Sanierung der Bankenwirtschaft in allen teilnehmenden Ländern.“ (S. 19f)

„In der Bankenunion wird der einheitliche Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) zu einem funktionierenden Bail-in Mechanismus ausgebaut, in den die Banken selbst einzahlen und dem ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.“ (S. 20)

„Wir wollen einen stringenten und handlungsfähigen Abwicklungsmechanismus bei Banken Krisen. Das System, dass Kosten auf die Allgemeinheit umgewälzt werden, während der Nutzen dem engen Stakeholder-Kreis zugutekommt, muss der Vergangenheit angehören. Daher fordern wir einen glaubhaften Übergang vom Bail-out zum Bail-in. Wir sehen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene kritisch, setzen uns aber für eine Harmonisierung der Absicherung ein. Die Einlagensicherung muss an die nationale Kaufkraft angepasst werden. Kleinere Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken (nach der Definition der EZB "Less Significant Institutions") sollen von Zahlungen in den Abwicklungsfonds ausgenommen werden.“ (S. 23)

KPÖ Plus

Das Wahlprogramm der KPÖ Plus skizziert die allgemeinen politischen Leitlinien und ihre Vision eines gesellschaftlichen Wandels, beinhaltet jedoch wenig konkrete Forderungen mit direktem Bezug auf geld- und finanzpolitische Fragen. Die Partei fordert, das Finanzsystem insgesamt zu demokratisieren und unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Explizit spricht sich KPÖ Plus für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Reduzierung von Spekulationsgeschäften aus.

„Um die grenzüberschreitende Spekulation zu behindern, ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach wie vor das geeignetste Mittel.“ (S. 7)

Initiative „Europa JETZT“

Die Liste „Europa JETZT“, die von der Liste JETZT unterstützt wird, veröffentlichte anstelle eines umfangreichen Programms ein dreiseitiges Manifest, das ihre Positionen in groben Zügen umreißt. Darin werden unter anderem entfesselte Finanzmärkte als eine der wesentlichen Bedrohungen eines zivilisierten Europas genannt.

„Die Europäische Union droht, statt zu einem Instrument der Zivilisierung der Globalisierung, zu einem Vehikel der weltweiten Herrschaft entfesselter Finanzmärkte und der Ideologie eines fundamentalistischen Neoliberalismus zu werden. Das nährt den Euroskeptizismus.[...] Aus der Zukunftsunfähigkeit des Nationalstaates in einer neuen Welt gibt es zwei Wege: die politische Einigung Europas zu einer handlungsfähigen Union oder eine schleichende Abgabe unseres demokratischen Selbstbestimmungsrechts, unserer Werte und unseres politischen Willens an anonyme, internationale Regime und nicht gewählte Institutionen, an gesetzgebende „Behörden“ ohne Parlamente, ins Dunkel von „Freihandelszonen“ und Sondergerichten, an globale Konzerne, an die Finanzmärkte, an andere hegemoniale Staaten oder einfach an die unsichtbare Faust eines globalen Marktes – das alles sorgfältig verborgen vor den Menschen, die in der illusionären Scheingeborgenheit eines in Wahrheit machtlosen Nationalstaates leben.“